

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Medienmitteilung von Staatskanzlei und Stadtkanzlei Schaffhausen

EKS AG und Städtische Werke wollen näher zusammenrücken

Verhandlungsdelegationen des Regierungsrates und des Stadtrates Schaffhausen haben sich über die künftigen Zusammenarbeitsformen der EKS AG und der Städtischen Werke geeinigt. Endziel ist die Zusammenführung der EKS AG und der Städtischen Werke Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall zu einem gemeinsamen Infrastrukturunternehmen, wobei seitens der Stadt der Querverbund (Strom, Wasser, Gas) beibehalten werden soll. Dabei soll eine entscheidende Einflussnahme von Kanton und Stadt Schaffhausen auf die Stromversorgung in der Region zur Erhaltung des Service public gesichert werden.

Gleichzeitig wurde ein schrittweises Vorgehen für die Zusammenführung festgelegt. Der Einstieg erfolgt über eine gemeinsame Bewältigung von Aufgaben in definierten Sachbereichen bzw. durch die Übertragung von begrenzten Aufgaben vom einen auf das andere Werk durch Leistungsvereinbarungen im Strombereich (z.B. Energieverrechnung, Engineering Netz und Anlagen). Angestrebt wird zudem die Bildung einer gemeinsamen Geschäftsleitung für die beiden Werke. Zur Erarbeitung der nötigen Entscheidungsgrundlagen wird eine Projektgruppe eingesetzt. Sie besteht im Kern aus Mitgliedern der Geschäftsleitungen beider Werke. Mit der Umsetzung der Massnahmen wird im Jahr 2005 begonnen.

Im Übrigen spricht sich auch der Stadtrat Schaffhausen für eine Beibehaltung des EKS in Form einer Aktiengesellschaft aus. Eine Rückumwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wäre angesichts der absehbaren Liberalisierung des Strommarkts nicht sinnvoll. Ebenfalls wird die vom Regierungsrat in die Wege geleitete 25 %-Beteiligung der Axpo Holding AG an der EKS AG als Chance erachtet. Der Regierungsrat und Stadtrat sind zudem grundsätzlich interessiert an einer Beteiligung der Stadt Schaffhausen an der EKS AG im Umfang von 5 %. Dabei ist selbstverständlich der demokratische Weg einzuhalten.

Schaffhausen, 3. Juni 2004

Staatskanzlei und Stadtkanzlei Schaffhausen